



Aschermittwoch-Heringsessen der Bernecker SPD

Zahlreiche Gäste, Genossinnen und Genossen konnte Zuhal Giray in ihrer Rolle als Vorsitzende erstmals zum Heringsessen im Sportheim des SV Röhrenhof begrüßen. Darunter die SPD-Kreisvorsitzende Sonja Wagner aus Pegnitz. Nach Bezirksrat Holger Gießhammer als Hauptredner im letzten Jahr kam heuer auch wieder Inge Aures, MdL, in ihrer angestammten Rolle nach Berneck.

Neben ihrem Beruf als Rechtsanwältin ist Sonja Wagner auch ehrenamtlich aktiv im Seniorenbeirat Pegnitz, Mitglied des Stadtrats und des Kreistags. In ihrem Grußwort und Kurzbericht aus dieser Arbeit führte sie aus, dass als einziges Bundesland allein der Freistaat kein Freistellungsgesetz hat.

Dabei wird es für Arbeitnehmer in der kommunalen Gremienarbeit immer schwieriger problemlos für Sitzungen freigestellt zu werden, obwohl der Arbeitgeber dafür finanziell entschädigt wird. Beschäftigte mit Gleitzeitregelung werden inzwischen gerne aufgefordert, ihre berufliche Arbeitszeit so zu legen, dass die Sitzungen in die Freizeit fallen. Aktuell hatte der Pegnitzer Seniorenbeirat am Nachmittag Staatssekretärin Carolina Trautner, MdL, vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zu Besuch: „Diesen zunehmenden Missstand thematisiert und eine gesetzliche Regelung gefordert, erhielten wir als Antwort, das braucht es im Freistaat nicht“.

Der Kreistag hat auf Antrag der SPD-Fraktion für den Haushalt 2019 die Kreisumlage auf 35,5 Prozentpunkte zugunsten der Gemeinden gesenkt. Im nächsten Jahr wird sie jedoch mit Sicherheit wieder ansteigen, da der Landkreis viele freiwillige Leistungen schultern muss. Darunter fallen die Förderung des für die Region so bedeutende Tourismus, aber auch die wichtige Jugendsozialarbeit an Schulen sowie hohe Anteile bei den Schulrenovierungen, wo der Freistaat stärker gefordert wäre. Nachdem die Bausanierung der Realschule Pegnitz abgeschlossen werden konnte, ist die Bayreuther Johannes-Kepler-Realschule an der Reihe. Trotz der offiziellen Bezeichnung „Staatliche Realschule Bayreuth II“ werden dort über sechs Millionen Euro Kostenanteil auf den Landkreis zukommen.

Das Thema der bayerischen Staatsfinanzen griff Hauptrednerin Inge Aures, MdL, anschließend sofort auf: „Der Freistaat schwimmt im Geld. Als ich vor zehn Jahren in den Landtag kam, lag der jährliche Haushalt noch bei 42 Milliarden Euro. Jetzt sind es 62 Milliarden. Eine Steigerung von rund 50 Prozent in zehn Jahren!“ Was stört, ist die Verteilung.





Großes Thema bei der Bayern SPD ist der generationenübergreifende Zusammenhalt der Gesellschaft und gerechte Bezahlung für die Arbeit. „Wir wussten schon bei der vorigen GroKo dass zwölf Euro die Stunde notwendig gewesen wären, sind aber den Kompromiss mit acht Euro fünfzig eingegangen, sonst wäre der Mindestlohn wieder nicht gekommen“.

In diesem Zusammenhang sprach Aures gleich das Thema Grundrente an. Dabei erklärte sie Ihre Hoffnung, dass Hubertus Heil als Arbeits- und Sozialminister Rückgrat zeigt, „damit der SPD wieder die soziale Kompetenz zuerkannt wird. Wir wollen, dass Frauen und Männer, die viel in ihrem Leben geleistet haben, von ihrer Rente ordentlich leben können. Wer mindestens 35 Jahre gearbeitet und in die Rentenversicherung einbezahlt hat, soll mehr haben als andere, die nie oder nur kurze Zeit gearbeitet haben“. Auch Teilzeitarbeit, Kindererziehungs- und Pflegezeiten zählen dazu. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt für Aures: „Der Staat ist für die Schwächeren da, nicht für die Reichen. Ja, wir wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen für 90 Prozent der Steuerpflichtigen, wie versprochen. Doch wir werden den Einkommensmillionären den Soli nicht erlassen. Wir wollen ihnen keine elf Milliarden Euro schenken. Wir wollen lieber fünf Milliarden für die Grundrente ausgeben“. Wie sie weiter ausführte, „ist das in mehrfachem Sinn ein Gewinn. Im Übrigen gibt es bei Kindergeld und Landeserziehungsgeld Bayern auch keine Bedürftigkeitsprüfung. Das nehmen die Millionäre gerne so mit“. Dafür erhielt sie lautstarken Applaus.

Dann ging sie auch auf das Thema Pflege ein: „Die Familie ist in Bayern der größte Pflegedienst. Sie versorgt fast die Hälfte der rund 350.000 Pflegebedürftigen. Pflege darf nicht arm oder krank machen. Wir setzen uns daher für einen Anspruch auf eine befristete Reduzierung der Arbeitszeit ein, sowie für Lohnersatz ähnlich wie bei Elterngeld, um Einkommenseinbußen abzufedern. Und für Gesundheitsvorsorge, denn wer pflegt, muss sich auch erholen können“.

Kürzlich verhinderten SPD und Grüne im Landtag durch Stimmenthaltung die geplante Verfassungsänderung. Damit platzte die geplante Show der CSU/Freie Wähler-Koalition mit der formalen Aufnahme des Klimaschutzes in die Bayerische Verfassung. Darin steht auch, dass gleichwertige Lebensverhältnisse Staatsziel in Bayern sind. Angesichts der Zuwanderung in die Metropolen und Abwanderung aus dem ländlichen Raum unternimmt die Staatsregierung viel zu wenig, um diesen Trend zu stoppen. „Dort, in München ist alles vom feinsten, dem steht abgehängtes Land entgegen“.





Blumen und einen guten Tropfen gab's für Inge Aures. Der Dank galt auch Anni Hofmann für die wie immer ausgezeichnet zubereiteten Heringe. © Albrecht Diller

Aures ist seit letzten November verkehrspolitische Sprecherin der Landtags-SPD. In dieser neuen Funktion konnte sie mit der Fraktion vor einem Monat einen Erfolg im Verkehrsausschuss verbuchen. Einstimmig fiel das Votum aus für eine Expertenanhörung zum Ausbau des Nahverkehrs mit Bus und Bahn als praktischen Beitrag zum Klimaschutz durch Reduzierung Kohlenstoffdioxid, verbunden mit dem Ziel, den öffentlichen Nahverkehr langfristig kostenlos anbieten zu können.

Abschließend rief Aures die Genossinnen und Genossen dazu auf für die Europäische Union zu mobilisieren und in zwei Monaten für einen Wahlerfolg zu kämpfen. Drei Punkte waren ihr besonders wichtig: dass wir in Europa weiter in Demokratie und Frieden leben, das sich durch einen sozialen Arbeitsmarkt auszeichnet und in dem Menschenrechte und die Würde der Menschen hochgehalten werden. Orban und Co. dürften mit ihren konträren Vorstellungen keinen Boden gewinnen.

März 2019, Albrecht Diller